

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

# Der Reichshaushaltsetat für 1892—93.

(Fortsetzung.)

Der Etat für das preussische Militärcontingent weist für Rechnung aller Staaten mit Ausnahme Sadowens eine Einnahme von 6,922,114 Mark (+ 3,772,568) auf. Dies Plus wird durch den Verkauf einiger Grundstücke in Berlin bewirkt. Die Einnahme für Rechnung aller Bundesstaaten beträgt 488,631 Mark (+ 246,744). Die fortwährenden Ausgaben betragen 392,092,823 Mark (+ 11,061,919). Ein Mehr von 1,191,712 Mark fällt auf die Geldverfleger der Truppen. Es sind einige neue Stellen bei der Feldartillerie-schießschule in Aussicht genommen. Bisher wurden sämtliche jungen Feldartillerie-Offiziere in einem 9½ monatlichen Lehrkurs auf der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule ausgebildet. Die Ausbildung bewegte sich vorwiegend in theoretischer Richtung und hatte den Nachtheil, daß die Offiziere dabei für einen der wesentlichsten Dienstzweige der Feldartillerie, das Schießen, ausreichende praktische Kenntnisse und Erfahrungen nicht erwerben konnten. Um diesem Uebelstande abzuwehren, ist nunmehr in Aussicht genommen, sämtliche jungen Feldartillerie-Offiziere einen amonatischen Lehrkurs bei der Feldartillerie-schießschule absolviren zu lassen, wo sie selbst schießen lernen und in der Kenntniß und Behandlung des Materials unterwiesen werden sollen. Dafür fällt der Besuch des unteren Curses der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule fort. Die geplante Maßnahme hat ferner den Vortheil, daß die Offiziere künftig nur 4 anstatt bisher 9½ Monate dem Frontdienst durch ihre Ausbildung entzogen werden. Die Durchführung der beabsichtigten Maßnahme erfordert die Verstärkung der Feldartillerie-schießschule um 1 Staffelführer, 2 Hauptleute I. und 3 Hauptleute II. Klasse, 1 Zahlmeisteraltpiranten und 12 Dienstpferde. Jährlich werden etwa 140 junge Feldartillerie-Offiziere zur Feldartillerie-schießschule kommandirt werden. Des weiteren soll 1 weiterer Stabsarzt dem Friedrich-Wilhelms-Institut zur Verfügung gestellt werden. Desgleichen sollen Alerge den neuen Unteroffizierschulen Jätkin und Woblar sowie dem neu errichteten Rabattenhause Karlsruhe beigegeben werden.

— Sodann ist eine Aenderung bezüglich der Noßkäz geplant. Nachdem die Anforderungen an die Vorbildung des ursprünglichen Personals erheblich höher gestellt sind, entspricht die ihnen in der Armee zugewiesene Rangstellung als Unteroffizier nicht mehr den Verhältnissen. Hierau dürfte wesentlich der bestehende Mangel an Noßkäz zurückzuführen sein. Die durch den Etat für 1888/89 vorgenommene Gehörungsverhöhung hat nach dieser Richtung ausreichende Wirkung nicht gehabt. Es ist deshalb in Aussicht genommen, die Stellen von 193 Noßkäz bei den Truppen und von 6 Noßkäz bei den Lehrtruppen in Beamtenstellen, sowie diejenigen von 46 Noßkäz mit Wachmeisterang und von 60 Unteroffizern mit Wachmeisterang in solche von 106 Unteroffizern mit Wachmeisterang umzuwandeln. Durch diese Hebung der Rangstellung würde voransichtlich auch dem für ein Mobilmachungsfall bestehenden stählbaren Mangel an Noßkäz abgehoben werden. — Bei den Bezirkskommandos I und II Berlin soll je eine dritte Ersatzkommission mit einem pensionierten Stabsoffizier an der Spitze gebildet werden. Außerdem sollen zur Durchführung der Zentralisierung des Meldewesens 25 pensionierte Offiziere als Vorstände von Meldeämtern angestellt werden. — Bei den Eisenbahnregimentern sind 8 Portepesfähnrichstellen mehr in Anlag gebracht, weil man diese Regimente, deren Offizierkorps jetzt durch Abgabe von Offizieren des Infanterie- u. Korps und der Infanterie ergänzt wird, in die Lage versetzen will, den Ersatz an Offizieren wenigstens zum Teil selbst heranzubringen zu können. — Als Mehrbedarf an Lebung für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes ist die Summe von 795,345 Mark vorgesehen. Die Mehrforderung soll die Mittel bieten, um künftig außer den besondern Lebungsclassen (Offizier-Aspiranten, ehemals einjährig freiwilligen, welche nicht Offizier-Aspiranten sind, Volksschullehrern u. s. w. durchschnittlich jeden Mann im Reserve- und im Landwehrverhältnis zu je einer Lebung von 14tägiger Dauer heranziehen zu können. Es ist in Aussicht genommen, im Jahre 1892/93 an Lebungsmannschaften einzusammeln: 9850 Unteroffiziere und 700 Gemeinde auf 56 Tage, 12,915 Gemeinde auf 49 Tage, 300 Unteroffiziere und 1580 Gemeinde auf 42 Tage, 70 Unteroffiziere und 1590 Gemeinde auf 28 Tage, 200 Unteroffiziere und 1315 Gemeinde auf 20 Tage, 442 Unteroffiziere und 3360 Gemeinde auf 16 Tage, 14,502 Unteroffiziere und 126,875 Gemeinde auf 14 Tage und 200 Gemeinde auf 12 Tage, sowie an Ersatzreferarissen, wie bisher, 12,500 Mann auf 10 Wochen, 10,500 Mann auf 6 Wochen, 9500 Mann auf 4 Wochen. — Für die in letzter Zeit in Aufnahme gekommenen Schwindmüllungen der Kavallerie sind 22,500 Mark neu angelegt. — Die bisher versuchsweise stattgefundenen tatischen Lebungsreifen von Generalen und Stabsoffizieren der Kavallerie und reitenden Artillerie haben den hohen Werth dieser Lebungsreifen für die Truppenführung ergeben. Es ist deshalb in Aussicht genommen, dieselben zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Es sind auch Mittel hierfür in den Etat der dauernden Ausgaben eingestellt. — Desgleichen bei den Jägerbattalionen für das Halten und Abziehen von Kriegsbänen, da die bisherigen Versuche auf diesem Gebiete sich bewährt haben. — Ein besonderer Fonds ist für Angriffsübungen im Betrage von 93,800 Mark ausgeworfen. Derselbe ist eingeteilt, weil die Verwendung schwerer Artillerie im Feldkrieg in den letzten Jahren eine wesentlich erhöhte Bedeutung gewonnen hat, und deshalb regelmäßig Lebungen auf diesem Gebiete stattfinden sollen. — Eine weitere Mehrforderung von 1,087,87 Mark weist das Kapitel über Artillerie- und Waffensachen auf. Dazu die ganze Mehrforderung entfällt auf den Mehrbedarf an Munition. Es sollen beschafft werden: Lebungsmunition für die mit dem Reoolver bewaffnete Fußmannschaft der fahrenden Batterien, mehr Lebungsmunition für Lebungen des Beurlaubtenstandes in Folge der Vermehrung der lebenden Mannschaften und zwar Handwaffen- sowie Artilleriemunition, ferner mehr Artilleriemunition für die Kaisermeröder und mehr Schießmunition für Feld- und

Infanterie in Folge weiteren Uebergangs zur neuen Munition, schließlich Munition für die Übungen der jungen Feldartillerie - Offiziere an der Feldartillerie-Schießschule. - Eine Vermehrung von 809,710 Mark entfällt auf die Reisekosten und Tagesgelder, Vorspann- und Transportkosten. Der Mehrbedarf 1877 - 78 hervorgetretenen Unzulänglichkeit der bisherigen Mittel, bezw. vermehrter Eisenbahntransporte der Truppen anlässlich der Übungen eingestellt. Auch die mit der Eisenbahn gefandten Remontekommandos sollen zur besseren Schonung des Pferdematerials künstlich schneller befördert werden. - Das Kapitel über Naturalverpflegung der Truppen hat sich um 5,320,662 Mark gesteigert. Die Position der Brod- und Fourageverpflegung ist um 4,814,435 Mark, die der Viktualienverpflegung, namentlich in Folge des Verpflegungsaufschlusses für Übungsmannschaften des Verlaubtenstandes, um 471,825 Mark erhöht. Die Kosten der Beschaffung der Naturalien sind für eine Hälfte nach den Marktpreisen des laufenden Jahres für die andere nach dem Durchschnitt der Jahre 1881 - 90 veranschlagt und zwar der Zentner Weizen auf 10,52 Mark, Roggen auf 9,76 Mark, Hafer auf 7,60 Mark, Heu auf 2,89 Mark, Stroh auf 2,53 Mark. - Von den übrigen Veränderungen sind zu erwähnen: Die Erweiterung der Militär-Intendantur um 16 Intendantur-Sekretäre, 3 Intendantur-Registrierer, 8 Intendantur-Sekretariatsassistenten, 1 Intendantur-Registrierungsassistent. - Raftakt geht als Feststellung ein. - Statt wie bisher bei 10, sollen künftig mindestens bei 11 Armeekorps Generalstabseisenabgeliefert werden. - Zur Abfindung der Truppen für gewöhnlichen Verbrauch an Vorrathungsmitteln sind wegen der Vermehrung der übrigen Mannschaften des Verlaubtenstandes rund 3000 Mark mehr eingelegt. - Das Garnison-Verwaltungs- und Gewisswesen beansprucht namentlich wegen der größeren Kosten für Instandhaltung der Kasernen und für Feuerung, Erleuchtung zc. rund 400,000 Mark mehr. - Die Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften erfordert ein Mehr von 663,700 Mark, die als Marschgebühren der mehr einberufenden Mannschaften des Verlaubtenstandes verwendet werden. - Für die Remonte-Depots sind 300,618 Mark mehr eingelegt, mit Rücksicht auf die Preissteigerung der Naturalien, Materialien und Utensilien, sowie höherer Löhne für Handwerker und Dienstleute. Auch müssen die Remonten wegen der erhöhten Anforderungen an die Pferdebetrakt jetzt reichlicher und intensiver ernährt werden, als bisher. - Ein neuer Titel mit 48,000 Mark ist zur Förderung des Studiums der neuen Sprachen den Offiziere zc. eingestellt. - Der ordentliche einmalige Etat beläuft sich auf 31,217,566 Mark (= 3,118,079). 70,000 Mark werden neu an Zuerkennungszulagen an Offiziere, Aerzte und Beamte in den Garnisonen Würzburg und Koblenz, sowie an die Unteroffiziere dafelbst und in anderen Garnisonen (Ersatz-Kontingente) gefordert. - Das Militär-Eisenbahnnetz verlängert 307,775 Mark mehr. - An Neubauten werden geplant: Ein Köhner- und Meschmagazin in Bromberg, Magazingebäude in Zülpich, ein Proviantamt-Dienstwohnungsgebäude in Zülpich, Dienstgebäude zu Gefäßräumen der 1. und 2. Ingenieur- und der 4. Festungs- und der Pionier-Inspektion in Berlin, ein Dienstwohnungsgebäude zur Aufnahme der Dienstwohnungen für den kommandirenden General der Gardekorps und den Gouverneur in Berlin. - Die Kasernen für 2 Infanterie-Bataillone in Koblenz, Kasernen für ein Pionierbataillon in Magdeburg, Kasernen für ein Infanteriebataillon in Glogau, dergleichen in Oppeln, Kasernen für zwei Eskadrons in Baderborn, Kasernen für ein Infanterie-Regiment gleichfalls in Baderborn, Bureaugebäude für das Generaloffizierskommando des 8. Armee-Korps in Koblenz, Kasernen für zwei Infanterie-Bataillone der Feldartillerie in Kassel, Kasernen für zwei Eskadrons in Darmstadt, Garnison-Werkstatt in Frankfurt a. M., Kasernen für zwei Bataillone Infanterie in Worms, Garnison-Arrestanstalt in Freiburg i. B., Kasernen für zwei Eskadrons in Karlsruhe, Generaloffiziers-Dienstwohnungs- und Bureaugebäude in Danzig, Garnison-Arrestanstalt in Graubenz, Garnison-Logarithm in Orléans, in Göttingen, in Di. E. Gezerhause für die Unteroffizierschule in Potsdam, Wohnhäuser zur Einrichtung von 100 Familienwohnungen für die Arbeiter der technischen Institute in Spandau, Magazinanlagen in Coblenz. - Die Kasernen für zwei Infanterielompagnien in Wiesbaden, die Garnisonkirche in Jagenau, das neue Garnisonkirche in Straßburg i. E., Gezerhause für die Garnison Straßburg i. E., Kasernen für ein Infanteriebataillon in Baderborn, dergleichen in Metz, Garnison-Arrestanstalt in Schleißheim. - Außerdem sind von größeren Neu-Ausgaben zu erwähnen: 550,000 Mark zur Erweiterung der Garnison-Gezerhause bei Potsdam, 1,900,000 Mark zur Erweiterung eines Gezerhause, das 10. Korps, 320,000 Mark zur Beschaffung von Feldgeräth für die Kavallerie-Regimenter, 330,000 Mark zur Beschaffung von Feldgeräth in Folge anderer Zusammenfassung der Provinzial- und Fuhrwerk-Kolonnen, 251,000 Mark zur Vollständigung und Erweiterung der artilleristischen Bauten und Einrichtungen auf dem Schießplatz zu Zülpich, 215,000 Mark zur Beschaffung des Materials für 16 Divisions-Telegraphen, 400,000 Mark zur Beschaffung von Kriegsbatteriematerial. - Der außerordentliche Etat erfordert 81,010,466 Mark (+ 63,101,706). Im Budgeteffe der Verteidigungsfähigkeit der Festungen werden 2,082,139 Mark für Ergänzung der Verpflegungsvorräthe verlangt, für Ergänzung der Kasernenvorräthe 1. Rate 819,000 Mark, 4. Rate 1,000,000 Mark. - Die Beschaffung von tragbaren Zeltausrichtungen fordert, weil die Sorge für die Gesundheit der Truppe die Schlagfertigkeit der Truppe die Verwahrung von Schutz gegen Hitze und Kälte im Winter während des Krieges verlangt. - Zur mehr Beschaffung für artilleristische Zwecke werden 40,876,400 Mark verlangt; der sammtbedarf ist auf 106,377,400 Mark angesetzt. - Zur Beschaffung von Handwaffen sind 13,380,000 Mark angesetzt; der sammtbedarf ist auf 20,942,500 Mark veranschlagt. - Zur Beschaffung von Handwaffenmunition werden 2,570,600 Mark verlangt, 3,385,000 Mark werden zur artilleristischen Ausrüstung neuer Befestigungen, Verbesserung artilleristischer Ausrüstung der wichtigeren Festungen, sowie zur artilleristischen Ausrüstung

Küstenbefestigungen als erste Rate verlangt, der Gesamtbedarf beziffert sich auf 26,291,000 Mark.

Der Etat des sächsischen Militärcontingents schießt in Einnahme mit 304,752 Mark (+ 118,292 Mark) und mit 28,561,200 Mark (+ 1,143,992 Mark) fortbauenden, mit 3,811,350 Mark (+ 2,817,441 Mark) ordentlichen einmaligen, sowie 3,939,020 Mark (+ 2,996,020 Mark) außerordentlichen Ausgaben ab. Die Hauptposten des Wehrbedarfs enthalten naturgemäß auch die gleichartigen Ausgaben wie in preussischen Etat. Unter den einmaligen Ausgaben sind nur zu erwähnen als Neuforderungen 460,500 Mark für einen An- und Erweiterungsba der Garnisonbäckerei in Dresden, 202,000 Mark für dasselbe beim Dienstgebäude des dortigen Kriegsministeriums, 160,000 Mark für den Neubau eines Vorrathsgebäudes für die Garnisonverwaltung daselbst, 132,000 Mark für den Neubau und die Ausstattung eines Feld-Fahrruckschleppens und Kammergebäudes für zwei Infanteriebatterien in Döbeln, 800,000 Mark zur Erweiterung des Artillerie-Schießplatzes bei Zeitzen, 682,000 Mark zur Erweiterung eines Uebungsplatzes in der Lausitzer Heide bei Königsbrück, 180,000 Mark, 125,000 Mark und 118,000 Mark für den Umbau je eines Garnisonlazareths in Pieske, Freiberg und Marienberg, 436,000 Mark als erste Rate für die Errichtung einer Klemontenboots auf der königlich sächsischen Domäne, dem Sammergut Kaltreuth, das hierzu gewachtet werden soll.

Der Etat des württembergischen Militärkontingents beläuft sich in Einnahme auf 117,54 Mark, die fortwährenden Ausgaben betragen 17,406,469 Mark (+ 472,309 Mark), die einmaligen ordentlichen Ausgaben 425,256 Mark (— 738,500 Mark). Die einmaligen außerordentlichen Ausgaben 2,697,700 Mark (+ 1,618,950 Mark). Auch hier ist der Mehrebedarf größtenteils auf die gleichen Forderungen zurückzuführen, wie bei den beiden vorher besprochenen Kontingenten. Bei den einmaligen Ausgaben ist nur noch zu erwähnen, daß 218,000 Mark als Mehrkosten für eine große Herbstübung des württembergischen Armeekorps verlangt werden (Fortsetzung folgt.)

### Dritte ordentliche Generalsynode.

Berlin, 18. November

Nach Entgegennahme des Berichts über den  
Arbeits des Vorstandes bei dem Kaiserjahr trug  
gestern die General-Synode in die Erlebung von  
eingegangenen Anträgen. Ein Antrag der po-  
schen Provinzialsynode richtet an d. n. General-  
Synodevorstand die Bitte, dieselbe wolle  
Gemeinschaft mit dem evangelischen Oberbischof  
rath der evangelischen Bevölkerung der Provinz  
Posen dazu versehen, daß der Chorfrettag  
gleicher Weise, wie in anderen Provinzen  
einem gesegneten Feiertage erhoben werde. Der  
Referent Syn. Vic. Sarau empfiehlt dring-  
ende Annahme dieses Antrages, ebenso der  
General-Superintendent D. Braun, welcher  
anträgt, das Ersuchen auch auf die Rhein-  
provinz auszuweiten. Der Antrag wird nach  
Einsägung der Worte „und der Rheinprovinz“  
einstimmig angenommen.

Auf einen Antrag der weisfälligen Pro-  
zessionen befehligt die Generalsynode, den  
geistlichen Oberkirchenrath zu ersuchen: 1. bei  
den Herren Ministern des Innern bezu-  
gen aufs neue zu beantragen, daß a) durch die Ver-  
waltungsbehörden auf die Waisenväter dahin  
wirkt werde, daß diese letzteren sich bei den ih-  
nen zuhause befindlichen Vorfällen von Vormündern  
dem Geistlichen in Verbindung setzen; b)  
Vormundschafterichter bezu-  
gen der erfolgten Ernennung der Vormünder  
den Pfarrern Kenntniß gebe. 2. Durch erneute Be-  
stellungen an geeigneter Stelle dahin zu wirken  
daß in Bezug auf die Vormundschaftsform  
gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, zu-  
wieweit der Kirche eine Mitwirkung bei der  
nennung der Waisenväter und Vormünder, so  
bei der Aufsicht über die religiös-stilliche  
ziehung der Waisen zugesichert wird. 3. den  
Oberkirchenrath zu ersuchen, Vorsorge zu treffen  
daß a) die Pfarrer verpflichtet werden, über  
in ihren Gemeinden vorhandenen Vormun-  
dschaften und bevormundeten Waisen Verzeich-  
nisse zu führen, b) die Superintendenten angewie-  
sen werden, bei den Kirchenvisitationen die Ver-  
zeichnisse der Vormundschaften und bevoor-  
mundeten Waisen sich vorlegen zu lassen; ein-  
mal c) die Pfarrer aufgefordert werden, die etwa  
Wahl als Waisenvater anzunehmen, wenn  
Verhältnisse es geeignet erscheinen lassen.

Es folgt ein Antrag der pommerischen Synode betreffend authentische Auslegung des § 15 Alinea 4 der R. G. u. S. D. in des Bestimmungsbereichs über die Einräumung der Kirchengebäude zu nichtgottesdienstlichen Nutzungen. Syn. E. d. I. führt an, daß die Angelegenheit große Zweifel herrschen. Die pommerische Provinzialsynode habe eine authentische Auslegung nicht für nöthig erachtet, weil sie der Meinung war, daß es in solchen Fällen der Genehmigung des Gemeindefürsorge nicht bedarf, ein Erlaß des evangelischen Oberkirchenraths stelle sich gerade auf dem entgegengestellten Standpunkt. Es sei daher dringend nöthig, die vorhandenen Zweifel endlich zu beseitigen. Er beantragte daher die Uebernahme der Vorlage an die Verfassungskommission. Der Versammlung beschließt in diesem Sinne.

In zweiter Beratung beschließt die Synode nach Anträgen der Synodalen v. d. Goltz v. Klein-Nagow: 1. Bei dem evangelischen Kirchenrat auch für die nächste Synode eine von zwei zu zwei Jahren im Umdreife der getauften Landeskirche einzunehmende Kirchenkollekte zum Besten der Berliner Synmissions zu beantragen; 2. bei jedem Anlaß die Arbeiten und Erfolge der Diakonissen der anderen für die Ueberwindung des Deutschen Nothstandes arbeitenden Vereine wärmstens anzuspreschen.

Der Antrag des Synodalen D. Förster, die Staatsbehörde zu bitten, bei der Ernennung der zur Befestigung der großen sittlichen fahrenden einzuschlagenden Wege auch eine schon Ueberwindung der Theater ins Auge zu fassen, wird der Kommission für innere Mission überwiesen. Auch der Antrag des Synodalen Trümpermann, „Generalsynode wollen die Anträge an die Gemeinden der Landesbestir-

lassen, in welcher der in den letzten sechs Jahren besonders augenfällig im Volksleben hervorgeratenen Schäden und ihrer Heilung gedacht wird," wird der Kommission für innere Mission übermiesen.

Es folgt der Antrag des Synodalen D.  
Tremmer: Bei dem evangelischen Ober-Kir-  
chenrath die Einrichtung alljährlicher Versammlungen  
der Generalsuperintendenten zur Berathung und  
Beschlaffung über gemeinsame Rundgebungen  
an die Gemeinden und die Pastoren in den An-  
gelegenheiten des religiös-sittlichen Volkslebens zu  
beantragen. Der Antrag geht an die Verfassungs-  
kommission.

Schließlich steht noch ein Antrag des Synodalen Ständes u. Gen. auf der Tagesordnung im Anschluß an die Beschlässe der pommerischen und westfälischen Provinzialsynoden Grundzüge aufzustellen und Maßregeln zu empfehlen, durch welche die evangelische Landeskirche in ihren Aemtern und Vertretungsorganen die Lebensmächte des Evangeliums in den sozialen Aufgaben der Gegenwart wirksamer als bisher zu Geltung zu bringen vermag. Dieser Antrag wird an die Kommission für die innere Mission überwiesen.

Deutschland.

**Berlin**, 18. November. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen der dritten Abtheilung ist nur in neun Bezirken von fünfzehn ein ergünstiges Ergebnis erzielt worden. Gewählt sind drei Liberale und 6 Sozialdemokraten. Bei den sechs Stichwahlen, die am 15. Dezember stattfinden sollen, stehen sechs Liberale je drei Bürgerparteiern und Sozialdemokraten gegenüber. Die Liberalen hatten von den 15 Wahlbezirken 8, die Bürgerpartei 4, die Sozialdemokraten (Mannh.)

**Hannover**, 17. November. (B. T. B.) Seine Majestät der Kaiser wohnte der Vorstellung im königlichen Theater bis zum Schluß bei. Beim Erscheinen, wie beim Weggang, wurde Allerhöchstdieselbe mit lebhaften Hurra-rufen begrüßt.

**Dresden, 17. November.** Nachdem das Landgericht in Gennitz unter offenkbarer Mitwirkung des § 31 der Reichsverfassung, wovon während der Dauer der Reichstagsession ein strafrechtliches Verfabren gegen Mitglieder des Reichstages nur mit Genehmigung des Reichstages zulässig ist, den Abgeordneten des Reichstages Schmidt-Vorstadt (Soz.) wegen Verleumdung u. s. w. verurtheilt hat, erweist sich der Wille der Reichstag durch die im Februar d. J. beschlossene Resolution eingeschlagen hat, als nicht mehr gangbar. Die Entscheidung liegt jetzt in den Händen des Reichsgerichts, bei welchem in Revision bezüglich des Urtheils gegen den Abgeordneten Schmidt beantragt ist. Wie vor herrscht die Verbanlung vor dem Reichsgericht etwa 14 Tagen in Aussicht. Es ist nicht zu zweifeln, daß das Reichsgericht das Urtheil des Gennitzer Landgerichts kassiren und die Entscheidung des Strafverfabrens während der Dauer der Reichstagsession für rechtskräftig erachten wird. Der Reichstag wird dann darüber zu entscheiden haben, ob er sich mit der Interpretation des Art. 31 durch das Reichsgericht beruhigen will in der Boraussetzung, daß die Landgerichte in Zukunft als durch den Spruch des Reichsgerichts gebunden erachten werden. Nur in d. Falle, daß das Reichsgericht, was wir für höchst ausgeschlossen erachten, sich der Auffassung des Landgerichts in Gennitz anschließen sollte, müßte der Reichstag sich vor der Nothwendigkeit befinden, seinen Beschlüssen vom 6. Februar d. J. sprechend, eine gesetzliche Interpretation des Art. 31 der Verfassung herbeizuführen.

**Stuttgart, 17. November.** Herr v. G. ist heute Nachmittag 4 Uhr hier eingetroffen und wurde vom russischen Gesandten am Bahnempfangen und nach dem Gelandeschaftshotel geleitet.

**Stuttgart, 17. November.** Der preussische Oberst Grai Hue de Grais, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 19 König Karl, der auf einer Urlaubsreise begriffen, wird nun auf Vernehmen nach nicht mehr aus seinen hiesigen Posten zurückkehren, überhaupt aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

### **Oesterreich=Ungarn.**

**Wien, 17. November. (B. T. B.)**  
geordnetemhause. Der Ministerpräsident  
Taaffe beantwortete in der heutigen Sitzung  
Interpellationen betreffend die Veröffentlichung  
des „Wiener Tagblatt“ und die Vorgänge  
14. November. Der Ministerpräsident erklärte,  
die Regierung theile die Enttäuschung der  
öffentliches Interesse über die jüngsten Senats-

glichen des Hauses über die jüngsten Senatsnachrichten und die Botschmannder, welche entschieden verurtheilt. (Lebhafte Beifälle.) Zur Unterzeichnung derselben haben die Vorkammer ein besonderes Komitee eingesetzt. Die Wiener Staatsanwaltschaft pflegte den strafprozessualen Erhebungen; die Regierung war innerhalb ihres Wirkungskreises die Bestreben zur völligen Abhörung und Aufklärung nicht unterstützen. (Beifall.) Das „Wiener Tagblatt“ sei kein sogenanntes offizielles „Blatt“ und beziehe keinerlei Unterstützungen aus dem Staatsbudget, die von einigen Interpellanten geäußerten Beziehungen zwischen der Regierung und dem „Wiener Tagblatt“ befänden sich in der That in der That. (Lebhafte Beifälle.) Auf den Antrag der geordneten Tagesordnung und haben beschloß das Haus die Debatte über die Antwort zu eröffnen. In der Debatte wurde von mehreren Seiten der Wunsch nach einer energischen Untersuchung und Abklärung der Vorfälle vom 14. d. M. geäußert. Der Ministerpräsident Graf Taaffe bestritt noch nicht angelegentliches offizielles Charakter des „Wiener Tagblatt“, welches bei Ertheilung von Informationen genau so gut oder so schlecht behandelte, wie jedes andere Blatt.

Die Börsenkammer giebt bekannt, dem Finanzminister Dr. Steinbach habe bei dem heutigen Empfange ihrer Deputation erklärt, theile die Entrüstung über die Vorgänge an d. M. und billige die Einleitung einer strengen Untersuchung im Wirkungskreis der Kammer. Er zweifle nicht, daß auch eine gerichtliche Untersuchung erfolgen werde.

**Belgien.**  
**Brüssel**, 16. November. In vergangener Nacht kam es zwischen etwa 30 Unteroffizieren und Soldaten der Garnison und Polizeibeamten zu einem Zusammenstoß.

zu einem Streit, wobei die Soldaten die Zivilis-  
ziogen und die Polizeimannschaften bedrohten.  
Letztere verhafteten hierauf sechs Soldaten. Die  
Kameraden der Letzteren suchten die Verhafteten  
zu befreien. Bei dem entstehenden Handgemenge  
wurde ein Polizeibeamter verwundet. Der  
Vorfall ist dem Militärgericht zur Anzeige ge-  
bracht.

Frankreich.

Paris, 14. November. Gestern hat im Senat eine für die Zustände in Algier sehr bezeichnende Verhandlung auf Grund einer Beschwerde stattgefunden, die der Rabi Abd-el-Kader Mumen eingereicht hatte. Seit dem Jahre 1864 bekleidete dieser in Milianah das Amt eines ersten getrennten Richters und man war stets mit ihm außerordentlich zufrieden gewesen, bis er sich vor einigen Jahren den Zorn des Bürgermeisters von Milianah, Bonami, zuzog und seitdem der Gegenstand unausgesetzter Verfolgungen wurde. Der Bürgermeister reichte gegen ihn an die zwanzig Anzeigen ein, und jedesmal ging das Gericht und die Verwaltung mit einer unglaublichen Leichtgläubigkeit und Leichtfertigkeit darauf ein. Der Rabi wurde verhaftet und in Ketten durch Milianah geführt, obgleich er sich, wie sich dann herausstellte, nicht das mindeste hatte zu schulden kommen lassen. Der Bürgermeister wollte aber den Rabi unter allen Umständen loswerden und setzte seine Hegejreien fort, wobei er sich immer von oben her behilft sah. Schließlich, als man dem Rabi auf gar keine Weise beikommen konnte, suchte man ihn zu einem Gesuch um Verweisung zu bewegen und versprach ihm dafür eine Förderung oder die Ehrengefolge. Als auch das nichts half, suchte man ihm den Aufenthalt in der Stadt unmöglich zu machen und schickte ihn schriftlich aus der Bevölkerung an die Regierung, in denen behauptet wurde, daß durch die A.

wesenheit" des Rabis in Milizian die öffentliche Ruhe gefährdet werde. Der Ausschuß des Senats hat diesen Fall sehr genau untersucht und festgehalten, daß dem Rabi in allen Fällen schwer Unrecht geschehen ist; aber obgleich diese Sachlage sich ganz klar ergab, suchte doch der älteste Senator Mangun in den Bürgermeister zu verblenden und gab mit dieser Verblendung selbst den Schlüssel für das sonderbare Verhalten der Behörden. Ganz offenbar handelte es sich bei der ganzen Sachlage um eine private Feindschaft des Bürgermeisters gegen den Rabi, der man aber nicht entgegentreten wollte, weil der Bürgermeister ein Freund der wohlwollenden politischen Partei war und sogar noch Einfluß zu besitzen scheint, daß auch der Senat Mangun: es für gerathen erachtete, trotz seiner ganz unverantwortlichen Verbalten sich ihn einzutreten. Solche Fälle von Ungerechtigkeit gegen Eingeborene stehen durchaus nicht vereinzelt, und angesichts derartiger Vorgänge sollten die Franzosen eigentlich nicht wundern, wenn bei den Eingeborenen so wenig Sympathien für den und wenn Kenner des Landes behaupten, daß auch heute noch ein Aufstand gegen die französische Herrschaft unter gewissen günstigen Bedingungen durchaus nicht zu den Unmöglichkeitem zähle. Die französische Presse wendet sich Ausnahmsweise der unmittelbaren an den Urmitteln gegen den Rabi zugehörigen Partei mit größter Entrüstung gegen das dort begangene Unrecht befaßt es, daß die Regierung nicht gegen Schuldigen härter vorgegangen ist und an ihm ein warnendes Beispiel aufgestellt hat. Der Rabi sagt man, daß sowohl bei Gericht als bei der Verurtheilung Schuldige vorhanden sein müßten die ihre Macht gegen alles Recht in den Händen einer politischen Partei gestellt haben; aber auf Anschein nach besitzen diese Leute soviel politischen Einfluß, daß die Regierung sich nicht, ohne Prozeß zu machen. Das einzige Gute, was Verhandlung im Senate gehabt hat, dürfte darin bestehen, daß man künftig den Rabi als Rabin-Wumen in Ruhe lassen wird; sobald sich aber um andere Verdrüssungen und Ungerechtigkeiten handeln wird, wird man sich wohl zu besondern Zwang auferlegen, da man ja auch wieder gesehen hat, daß solche beim Schutz der Vorgesetzten strafflos bleiben.

**Paris, 17. November. (W. T. B.)**  
putirtenkammer. Die Stats für die Landwirthschaft, bei welchem einige Kredite erhöht wurden für den Handel wurden angenommen. Nächste Sikuna findet Donnerstag statt.

**Paris**, 17. November. (W. T. B.)  
 Petitionskommission der Kammer beschloß  
 die Überweisung der Petitionen zu Gunsten  
 des Ausbaues des Panamalanals an die zuständ.  
 Minister und ersuchte um eine Interaktion  
 der Regierung bei den Kreditinstituten, um  
 die Unternehmung zu erleichtern.

**Warschau, 17. November. (W. T.)** Die Arbeiter in der Zänholzfabrik haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern, daß w russisches Holz zur Verwendung komme, weil französische Holz sehr schwer zu bearbeiten s

Spanien und Portugal.

**Waderb.** 17. November. Ueber die spanischfrage machte Sagasta folgende Erklärung: Die Regierung möchte eine Erparnißmaßregel einführen, um die Ausgaben durch Einkünften im Einklang zu bringen durch Beschränkung der erfteren und eine Verminderung der letzteren. Die Frage Spaniens die für dasselbe von einer Einmischung in die europäischen Fragen. Aber wenn die Zustände erforderlich, werde es nöthig sein, vorbereitend zu sein. Die Bezahlung des fälligen Koupon würde nicht, um den Kredit Spaniens im Lande aufrecht zu erhalten. Und wenn schließlich den Koupon auch bejahe, so man dies doch mit den Mitteln des Schatzes nicht erreichen, ohne seine Zuflucht zu einer neuen Anleihe zu nehmen. Er halte dafür, daß das einzige Mittel, das Budgetgleichgewicht zu erhalten, große Erparniß-

**Großbritannien und Irland**  
London, 17. November. (W. Z.) Das „Reutersche Bureau“ erklärt die Meldung des „Standards“ bezüglich der Wiederauf-

von Verhandlungen betreffs der ägyptischen  
für unbegründet. Es sei weder von Lord  
bury noch von der Pforte eine Initiative  
Wiederaufnahme dieser Frage ergriffen wo  
Salisbury habe es vielmehr abgelehnt, üb  
Festsetzung eines Datums zur Klärung  
tens in Verhandlung zu treten.  
**London, 17. November. (W. T. B.)**











# J. Lesser & Co., Mönchenstr. 20-21.

Aus unserer überaus reichhaltigen Special-Abtheilung für

## Damen-Kleiderstoffe

empfehlen wir ergebenst als besonders

## Gediegene und preiswerthe Weihnachtsgaben.

**Beste Rheinischer Warp** in schönsten Streifen, Karos und Noppeneffekten  
**Bunt melirter kräftiger Diagonal**, solide dauerhafte Qualität  
**Neueste schwere Karostoffe**, vorzügliches Gewebe mit frischbarbigem Karo  
**Englisches Damentuch**, altherwürdige weiche Qualität; alle Farben  
**Seidengestreifte Serge**, elegantes Strassenkleid in reizenden Farben  
**Reinwollene Englische Streifen**, grösste Neuheit der Saison, sehr gediegene Qualität  
**Reinwollene Serge**, hochfeine bewährte Qualität in allen Farben  
**Reinwollene Englische Knicker-Bogger**, schweres englisches Fabrikat mit breiten Lockenstreifen  
**Reinwollene gestreifte Tuche**, ganz schwere Qualität mit breiten Hymalayastreifen  
**Reinwollene einfarbige Damentuche**, solide feine Qualität in allen Farben  
**Reinwollene Englische Chevrons**, ganz schwere englische breitgestreifte Winterstoffe  
**Reinwollene Bordurentuche**, letzte Neuheit, feine Tuche mit Lockenborte  
**Reinwollene helle Sommerstoffe**, mit abschattirten Karos  
**Reinwollene gestreifte Sommerstoffe**, Neuheit für nächstes Frühjahr  
**Reinwollene schwarze Fantasie-Kleiderstoffe**, gestreift, gemustert und glatt  
**Reinwollene gestreifte und Türkische Flanelle** für Morgenkleider

ganze Robe	4 Mark.
ganze Robe mit Besatz	4 Mark 50 Pfg.
ganze Robe mit Besatz	6 Mark.
ganze Robe mit Besatz	7 Mark.
ganze Robe mit Besatz	8 Mark.
ganze Robe mit Besatz	8 Mark 50 Pf.
ganze Robe mit Besatz	9 Mark.
ganze Robe mit Besatz	10 Mark.
ganze Robe mit Besatz	11 Mark.
ganze Robe mit Besatz	11 Mark.
ganze Robe mit Besatz	12 Mark.
ganze Robe	14 Mark.
ganze Robe mit Besatz	9 Mark.
ganze Robe	12 Mark.
Meter von	1 Mark 25 Pfg. an.
Meter von	1 Mark an.

## Schwarze und farbige Seidenstoffe

in reichster Auswahl zu billigsten Preisen.

Sämmtliche hier aufgeführten Roben sind in **eleganten Cartons** mit passendem Sammet, Fantasiebesatz oder Maraboutvorstoss sehr hübsch arrangirt und eignen sich wegen ihres gefälligen Aussehens vorzüglich für angenehme und nützliche Festgeschenke.

Sämmtliche Stoffe sind trotz der sehr billigen Preise von vorzüglicher Qualität und modern.

Muster nach Auswärts umgehend franko.

Ein Theil der hier angeführten Gegenstände ist in unseren Schaufenstern ausgestellt.

**CHOCOLADE**  
**HARTWIG & VOGEL**  
DRESDEN  
findet  
täglich mehr  
Anerkennung

**!! Deutsche Industrie !!**  
Für den grösseren Konsum empfehlen besonderer Beachtung.  
**Rein Cacao** Extrakt Van. hoc. Nr. 8a. blau Pap. à 1/2 Ko. M. 2.—  
do. do. Nr. 6a orange Pap. à 1/2 Ko. M. 1.80.  
do. do. Nr. 8a grün Pap. à 1/2 Ko. M. 1.20.  
do. do. Nr. 9a. roth Pap. à 1/2 Ko. M. 1.—  
**Zucker.** Speise-Choc. zum Rohessen in kleinen Tafeln und Packeten à 50, 75, 100 und 125 Pfg.  
Haushaltungs-Choc. m. Van. in Kistchen von 6 Pfd. à Kistchen M. 5.50 à 1/2 Ko. M. 1.  
Krümel-Choc. m. Van. à 1/2 Ko. M. 1.60 1.20 1.00  
Puder-Chocolade ohne Van. (auch Cacao mit Zucker genannt) à 1/2 Ko. 120 Pf.

**CHOCOLADE**  
**HARTWIG & VOGEL**  
DRESDEN  
erfreut  
sich allgemeiner  
Beliebtheit

Zu haben in unserer hiesigen Filiale: Stettin, Breitestr. 28, sowie in allen durch unsere Plakate kenntlichen Apotheken, Konditoreien, Kolonialwaren-, Delikatess-, Drogen u. Spezial-Geschäften.

Papier-  
und  
Leder-  
waren.

# R. Grassmann

## KOHLMARKT 10.

Inseraten-  
Annahme  
für  
Stettiner  
Tageblatt  
und  
Stettiner  
Zeitung.

Anthracite-, Cannel-, Schles. u. Engl. Steinkohlen, Braunkohlen, Gaskoke, Briquettes, Prima Qualität bei billigster Be-  
rechnung frei Haus aus meinem Central-Kohlen-Depot.  
Bestellungen daselbst oder im Komtoir Breitestr. 34 erbeten. Wiederverkäufern besondere Vorzugspreise. **James Stevenson.**

**Rothweine.**  
**R. Schlumberger, Berlin W.,**  
Unter den Linden 34,  
Hauptbesitzer des Vöslauer Weingebirges, alleiniger Eigentümer von „Goldeck“.  
**Vöslauer und Goldeck-**  
**Eigenbau-Weine.**  
feine preiswerthe rothe und weisse Tischweine in allen Preislagen  
von M. 1.25 pro Flasche = 3/4 Liter an.  
**Ungar-Weine,**  
vorzügliche Auswahl, in jeder Preislage, feinste Gewächse, direkt von ersten Produzenten.  
Verkauf in Flaschen und Gebinden verzollt ab Berlin.  
Versendet wird jedes Quantum zu jeder Jahreszeit.  
Preisliste gratis und franco.  
Verkaufsstellen werden vergeben.

**Frühstücks-Weine.**  
**Möbel, Spiegel und Polsterwaren**  
empfehlen in größter Auswahl zu ausnahmsweise billigen Preisen.  
Auch Theilzahlung gestattet.  
**Max Borchardt,**  
Beutlerstrasse 12-18, I., II. u. III.

**Von meiner Voigter Glashütte**  
unterhalte ich hier beständig ein reichhaltiges Lager  
aller Sorten  
**Wein-, Bier- u. Seltersflaschen,**  
letztere beide Sorten auch mit Patentverschluss, und  
officirte davon billigt.  
**Joh. Fr. Eschricht,**  
Komtoir: Frauenstr. 14. Lager: Bleichbude, Oberwiel.  
„Roediger Margarine ist die beste!“  
**Johannisbeerwein,**  
eigener Pressung, in sehr schöner Qualität, officirte  
billigt per Flasche 0.50 Pfg. excl.  
**H. R. Fretzdorf,**  
Breitestr. 5.  
10 Pfd. **Honig** fr. M. 4.80 S. Streu-  
Bienen sand. Linde, Galzian.  
**Gebraunte**  
**Caffees,**  
fein und reinschmeckend,  
per Pfund 1.20, 1.80, 1.40, 1.60, 1.80,  
empfehlen  
**Emil Umnus,**  
Schulstr. 28, Ecke Fuhrstr.

**C. L. Geletneky, Roßmarktstr. 18,**  
Filiale: Büschow, Chauffeestr. 52,  
empfiehlt anerkannt beste  
**wollene Strickgarne**  
in größter Farbauswahl von 2 Mk. an per Pfund.  
**Zephyr-, Persische, Tauben-, Gobelins-,**  
**Mohair- und Germania-Hock-Wolle.**  

Gestrickte wollene Damen- röcke	von M. 1.40 an,	Neuheiten in Kopf-Shawls, Kapotten und wollenen Tüchern für Damen,
Kinderröcke	0.70 "	Wollene Kapotten und Mützen für Kinder von M. 0.75 an,
Damen-Westen	1.50 "	Wollene Damen- und Kinder-Hand- schuhe und Strümpfe.
Herren-Westen	2.50 "	
Burschen-Westen	1.80 "	